



Konrad  
Adenauer  
Stiftung

Almanya Programm



November 2010

Pressemonitoring türkischer Printmedien

## **DEUTSCHE INTEGRATIONSPOLITIK IM SPIEGEL TÜRKISCHER TAGESZEITUNGEN**

### **1. Ausländerrechte in Deutschland**

*Staatsbürgerschaft · Diplomanerkennung · Visapflicht*

### **2. Integrationsgipfel der Bundesregierung**

### **3. Islam in Deutschland**

*Imame in der Bundeswehr · Medien über Islam · Moscheen*

### **4. Studien und Berichte über Integration**

*Steigerung der Integration · Diskriminierung*

### **5. Deutsch-türkische Lebenswelten**

*Integrationskurse · Lehrerinnen und Lehrer mit Migrationshintergrund*

#### **Impressum**

Redaktion: Danja Bergmann

Verfasser: imap GmbH - Institut für interkulturelle Management und Politikberatung, Düsseldorf. Der Almanya-Pressespiegel erscheint mit zehn Ausgaben pro Jahr und kann unter <http://www.kas.de/wf/de/21.70/ac.doc/> abgerufen werden. Die Inhalte geben nicht die Meinung des Herausgebers wieder, sondern bilden Positionen von in Deutschland erscheinenden türkischen Tageszeitungen ab.

## **1. Ausländerrechte in Deutschland**

**Die Rechte der ausländischen Staatsbürger in Deutschland, insbesondere die Visumpflicht für Türkeistämmige wurden im November in der türkischen Presse mit großem Interesse verfolgt.**

### **Doppelte Staatsbürgerschaft auf dem Prüfstand**

Am 04.11. titelt die **HÜRRIYET**, dass die Möglichkeit einer doppelten Staatsbürgerschaft geprüft werden solle. Der FDP-Generalsekretär Christian Lindner habe diesen Punkt zurück auf die Agenda geholt, berichtet das Blatt. Grund hierfür sei das Ziel, qualifizierten ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Einreise nach Deutschland zu erleichtern. Das Staatsbürgerschaftsrecht sei hierzu ein geeignetes Instrument, so Lindner.

### **Hamburg: Neue Einbürgerungskampagne**

„Werde deutscher Staatsbürger und hab deine Ruhe“, verkündet die **SABAH** am 5.11. angesichts der Hamburger Einbürgerungskampagne „Hamburg. Mein Hafen. Deutschland. Mein Zuhause“, die am Tag zuvor vorgestellt worden sei. Es gebe gute Gründe sich einbürgern zu lassen, so der Senator für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz Dietrich Wersich. Das Projekt werde vom Senat mit 13.000 Euro finanziert und finde in Zusammenarbeit mit der Türkischen Gemeinde in Hamburg und Umgebung (TGH) statt, wie die Zeitung informiert.

### **Druck auf den Bundesrat für die Anerkennung ausländischer Diplome**

„Es wird keine Diplom-Benachteiligten mehr geben“, heißt es in der **HÜRRIYET** über Aussagen der Staatssekretärin im Integrationsministerium von Nordrhein-Westfalen, Zülfiye Kaykın. Diese habe gegenüber der Zeitung erklärt, dass weiterhin 800.000 Menschen in Deutschland aufgrund der Nicht-Anerkennung ihrer Diplome nicht ihrem Beruf nachgehen könnten, davon 500.000 türkischer Herkunft. Die Anerkennung ausländischer Diplome sei eines der wichtigsten Probleme der Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund. Als Regierung Nordrhein-Westfalens seien sie bereit, notfalls Druck auf den Bundesrat auszuüben, um diesen Notstand zu verbessern, so Kaykın.

## **Die Befreiung weiterer Balkanländer von der Visapflicht sorgt für Unmut in der türkischen Presse**

Am 8.11. schreibt die **HÜRRIYET** „Europäische Union hebt für zwei weitere Länder die Visumpflicht auf“. Es werde erwartet, dass die Innenminister der EU-Staaten auf ihrem heutigen Treffen die Visumpflicht für Albanien und Bosnien-Herzegowina aufheben werden. „Währenddessen muss die Türkei warten“, so die Zeitung.

„Mit biometrischen Pässen haben sie die Türen zur EU geöffnet“, verkündet die **SABAH** auf ihrer Titelseite am 10.11. über die Entscheidung der EU, die Visumpflicht für Albanien und Bosnien-Herzegowina aufzuheben. Während der Europäische Gerichtshof die Visumpflicht für türkische Staatsbürger als ungerecht bezeichne, ändere die EU ihre Praxis gegenüber Türken jedoch nicht. Für die beiden Balkanstaaten werde die Visumpflicht mit der Begründung aufgehoben, dass diese biometrische Reisepässe hätten. Doch diese existieren seit einigen Monaten auch in der Türkei, so die Zeitung weiter.

„Visumfreie Einreise ist das Recht der Türken“, heißt es am 12.11. in der **TÜRKIYE** über die Aussagen des integrationspolitischen Sprechers der Grünen im Bundestag, Mehmet Kılıç. Die visumfreie Einreise sei durch das Soysal-Urteil des Europäischen Gerichtshofs bestätigt worden, werde aber von den Deutschen nicht umgesetzt. Die Grünen hätten jetzt beschlossen, dem Bundestag ein entsprechendes Gesetz zur Änderung vorzulegen, das die visafreie Einreise für türkische Staatsbürger vorsehe, so Kılıç.

„Sie sind nicht bei ihrem Wort geblieben“, titelt die **SABAH** am 15.11. Nach Angaben der Zeitung sind die von hohen Stellen gemachten Versprechen für einen erleichterten Erhalt von Visa für Unternehmer aus der Türkei immer noch nicht eingehalten worden. Während türkische Unternehmer weiterhin die harte Vergabepaxis kritisierten, beschwerten sich auch zunehmend deutsche Unternehmer, da die geschäftlichen Beziehungen dadurch erschwert werden. „Die Visumpflicht wird weder aufgehoben, noch wird der Erhalt vereinfacht“, heißt es am 17.11 auf der Titelseite der **HÜRRIYET**. „Während die EU einige

Balkanländer von der Visumpflicht befreit, ohne Beitrittsverhandlungen zu führen, kann die Türkei, obwohl sie seit 50 Jahren vor ihrer Tür steht, nicht einmal mit Erleichterungen bei der Visavergabe rechnen". Nur für geringe Erleichterungen für den Erhalt eines Visums stelle die EU endlose Forderungen, so die Zeitung.

Am 18.11. verkündet die **SABAH**: „Nach wie vor die gleichen Aussagen bezüglich der Visapolitik“. Laut SABAH hat das Bundesinnenministerium auf Anfrage erklärt, dass es zunächst keine Erleichterung bei der Visavergabe geben werde. Wie die entsprechenden Stellen im Innenministerium erklärten, liege für die Vergabe der Visa für Schengen-Staaten die Verantwortung bei der EU- nicht bei Deutschland. Deshalb plane die deutsche Regierung auch keine Schritte Richtung Erleichterung der Visa-Vergabe für Unternehmer mit türkischer Staatsbürgerschaft.

„Deutschlands Ablehnungsrekord“, ist auf der Titelseite der **SABAH** am 19.11 über die vom Bundesinnenministerium veröffentlichten Angaben über die Anzahl der abgelehnten Visa-Anträge türkischer Staatsbürger zu lesen. Im vergangenen Jahr seien demnach über 21.000 Visumanträge abgelehnt worden, in diesem Jahr liege die Zahl bereits jetzt bei mehr als 14.000. Damit werden etwa 12 Prozent aller Anträge auf ein Visum für Deutschland abgelehnt. Bei anderen Staaten liege die Ablehnungsquote lediglich bei ein bis zwei Prozent. Die Zahlen machten das Ausmaß des Leides deutlich, das türkische Staatsbürger mit dem „Schengen-Visum“ zu ertragen hätten, so die Zeitung weiter.

„Die EU-Mitgliedschaft und die Hürde des Visums werfen einen Schatten auf die deutsch-türkischen Beziehungen“, heißt es in der **ZAMAN** am 29.11. Laut Zeitung habe der Vorsitzende der Türkisch-Deutschen Industrie- und Handelskammer (TD-IHK), Rainhardt von Leoprechting, bei einem Empfang der Kammer in Köln die Beziehungen zwischen beiden Ländern unter die Lupe genommen. Der Grad der gegenseitigen Beziehungen sei erfreulich gediehen. Die Probleme mit der EU-Mitgliedschaft und die Visa-Hürden für die Einreise nach Deutschland würfen aber einen Schatten auf das gute Verhältnis, so von Leoprechting.

## 2. Integrationsgipfel der Bundesregierung

**Die türkische Presse in Deutschland setzte sich im November intensiv mit dem Integrationsgipfel der Bundesregierung auseinander.**

„Integration vor dem Hintergrund der Diskussionen gegen Zuwanderung“, schreibt am 3.11. die **ZAMAN**. Dabei werden auf dem vierten Integrationsgipfel die Probleme der 16 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund auf der Tagesordnung stehen. Wie die Zeitung informiert, stehe der Gipfel angesichts der aktuellen Debatten um Integration in der Kritik. So habe die Türkische Gemeinde in Deutschland (TDG) der Bundesregierung einen offenen Brief mit 600 Unterschriften übermittelt, in dem sie ihre Fassungslosigkeit über die derzeitige Debatte über Einwanderung und Integration bekundet.

Der Integrationsgipfel der Bundesregierung wird von den in Deutschland erscheinenden türkischen Tageszeitungen am 5.11. einheitlich als Misserfolg bezeichnet. Dabei bringen alle Zeitungen die Enttäuschung und den Unmut vieler türkeistämmiger Teilnehmerinnen und Teilnehmer zur Sprache.

„Stiller Gipfel“, heißt es auf der Titelseite der **HÜRRIYET**. Die Zeitung berichtet, der Integrationsgipfel sei für die türkeistämmigen Teilnehmerinnen und Teilnehmer unbefriedigend. Die Mehrheit der Stimmen begründete: „Sie haben gesprochen, wir mussten zuhören“. Die **SABAH** fasst den Gipfel ähnlich unter dem Titel „Der Integrationsgipfel war unbefriedigend“, zusammen. Für die Teilnehmer sei die Veranstaltung eine Enttäuschung gewesen.

Entsprechend äußert sich auch die **TÜRKIYE** und titelt „Enttäuschung auf dem Gipfel“. Laut der Zeitung haben die türkeistämmigen und muslimischen Teilnehmenden betont, dass auf dem Gipfel keine Lösungen entwickelt und die Probleme zur Show gestellt wurden.

### **3. Islam in Deutschland**

**Im November berichtete die türkische Presse über das Fehlen von Imamen in der Bundeswehr, über Vorurteile der deutschen Medien gegenüber dem Islam sowie über Kampagnen in Moscheen gegen häusliche Gewalt.**

#### **Muslimische Soldaten in der Bundeswehr erhalten keine Seelsorge**

„Kein einziger Imam in der Bundeswehr trotz 1.300 muslimischen Soldaten“, heißt es als Aufmacher am 23.11 in der Ausgabe der **ZAMAN**. Während für andere Religionsangehörige in der Bundeswehr Geistliche in den entsprechenden Religionen zugeteilt würden, werde für muslimische Bundeswehrsoldaten kein einziger Imam beauftragt- mit der Begründung, dass Religion eine „persönliche Angelegenheit“ sei. „Deutschland legt großen Wert auf die seelische Gesundheit seiner Soldaten. Vor allem im Ausland stationierten Soldaten teilt sie Geistlichen zu“. So gebe es protestantische, katholische und jüdische Seelsorger in der Bundeswehr, aber keinen muslimischen.

#### **Deutsche Medien: Voreingenommen gegenüber dem Islam**

„Eine Frage, die nicht beantwortet werden konnte“, titelt die **SABAH** über ein Ereignis während einer Veranstaltung in Hannover zum Thema „Deutsche Medien und Einwanderungsgesellschaft“. Eine Frau aus dem Publikum habe Vertreter deutscher Medien gefragt, warum es in den deutschen Zeitungen „Ehrenmord“ heiße, wenn ein Türke seine Frau ermorde und „Familiendrama“, wenn ein Deutscher seine Frau ermorde. Viele türkische Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Publikum hätten sich ebenfalls über eine vorurteilsbehaftete Berichtserstattung in Teilen der deutschen Presselandschaft beschwert. Die **SABAH** fasst das Ereignis am 17.11.wie folgt zusammen: „Die Frage einer Türkin hat die Vorurteile und die Diskriminierung klar gemacht“.

#### **Moscheen hissen Fahne gegen häusliche Gewalt**

„Moscheen hissen Fahnen gegen Gewalt an Frauen“ ist auf der Titelseite der **HÜRRIYET** (26.11) zu lesen. Die Zeitung berichtet, dass zwei DITIB Moscheen zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen ihre Gebetsräume mit den

Fahnen von Terre des Femmes behängt haben. Nach Ministerien, Botschaften und Kirchen seien die besagten Fahnen erstmals in Moscheen (Yeşil-Moschee in Grünstadt sowie Ulu-Moschee im hessischen Langen) aufgehängt worden.

#### **4. Studien und Berichte über Integration**

**Im November erschienen in der türkischen Presse zahlreiche Berichte über Integrationsthemen, angefangen von der positiv verlaufenden Integrationsarbeit bis hin zur Diskriminierung von Migrantinnen und Migranten.**

##### **Verstärkter Einsatz von Migrantinnen und Migranten im öffentlichen Dienst**

„Migranten werden mehr Chancen bekommen, im öffentlichen Dienst zu arbeiten“, verkündet die liberal-islamische **ZAMAN** am 2.11. Dies habe die türkischstämmige Staatssekretärin für Integration in Nordrhein-Westfalen, Zülfiye Kaykın, bei einer Veranstaltung der Türkischen Interessengemeinschaft (TIG) in Hamm angekündigt. Die Landesregierung bereite aktuell ein Integrationsgesetz vor, das unter anderem den Anteil von Migranten im öffentlichen Dienst regeln solle. Es werde beabsichtigt, die Quote von derzeit drei Prozent auf acht Prozent anzuheben. Zudem sei geplant, Nicht-EU-Ausländerinnen und Ausländern das kommunale Wahlrecht zu gewähren, so die Zeitung weiter.

##### **Unterstützung der Integrationsarbeit durch Zivildienstler**

Die Koalitionspartner der Bundesregierung, die FDP, planen nach der Aussetzung der Wehrpflicht, die Freiwilligen in den Integrationsdienst einzusetzen. Der Zivildienstexperte der FDP-Bundestagsfraktion, Florian Bernschneider, dazu: „Freiwillige könnten sich beispielsweise um Kinder aus Migrantenfamilien kümmern, die Probleme haben. Außerdem können die Freiwilligen in verschiedenen Integrationsprojekten eingesetzt werden und dadurch den interkulturellen Dialog fördern“. Vorgesehen ist ein Bundesfreiwilligendienst mit 35.000 Plätzen. **SABAH** (16.11)

### **Türken sind gut integriert**

Am folgenden Tag (3.11) heißt es als Titelzeile in der **ZAMAN**: „Auch wenn es niemand wahrhaben will, Türken sind sehr gut integriert“. Damit zitiert die Zeitung den Soziologen Prof. Dr. Armin Nassehi, der sich in einem Interview mit Integration und Migration auseinandersetzt. Entgegen vieler Annahmen seien Türken auf beeindruckende Weise gut in die deutsche Gesellschaft integriert. Die Mehrheit der ersten Generation der nach Deutschland eingewanderten Türken habe keine Bildung gehabt und habe als Aushilfskraft gearbeitet. Wenn man dies bedenke, habe die türkische Community in einer sehr kurzen Zeit in Deutschland Fuß gefasst.

### **Wowereit: Investition in Migrantenkinder ist Investition in die Zukunft**

„Wir müssen in die Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund investieren“, ist in der **HÜRRIYET** zu lesen. Darin berichtet die Zeitung von einem Besuch des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Klaus Wowereit (SPD), und des Bezirksbürgermeisters von Berlin-Neukölln, Heinz Buschkowsky (SPD), in der Rütli-Oberschule. Die Schule war vor einigen Jahren zu einem Symbol der Diskussion um gewaltbereite Jugendliche mit Migrationshintergrund geworden. Nun hätten die beiden Bürgermeister klare Botschaften an die Schüler ausgesendet: „Die Kinder mit Migrationshintergrund, die hier aufgewachsen sind, sind Kinder dieses Landes. Wir müssen bereits jetzt in ihre Bildung und ihre Integration investieren. Dies ist eine Investition in die Zukunft unseres Landes“.

### **Integrationsdebatte: Vokabular erinnert an Judenkritik**

Matthias Kloft, Geschichtswissenschaftler der katholischen Kirche und Micha Brumlik, Professor für Erziehungswissenschaften jüdischer Herkunft, haben bei einer gemeinsamen Veranstaltung im Frankfurter „Haus am Dom“ die aktuelle islamkritische Debatte teilweise mit der damaligen Judendebatte verglichen. Kloft und Brumlik meinten, Begriffe wie „Fremdkörper“, die heutzutage gegen Muslime in Deutschland Verwendung finden, seien auch damals für die Juden gebraucht worden. Die Theologen machten darauf aufmerksam, dass auch der Bundespräsident Christian Wulff kritisiert wurde, als er sagte: „Der Islam ist ein Teil Deutschlands“. **SABAH** (12.11)

### **Özkan: Arbeitgeber grenzen Migranten aus**

„Arbeitgeber grenzen Migranten aus“, ist am 25.11. in der **TÜRKIYE** über Äußerungen Niedersachsens Sozialministerin Aygül Özkan. Diese habe Vorurteile von Arbeitgebern gegenüber Migranten beklagt. Studien belegten, dass Migranten es teilweise auch bei hoher Qualifikation schwerer haben, einen Ausbildungsplatz oder einen Job zu finden. Manche Arbeitgeber hätten Vorurteile, die abgebaut werden müssten. Die hohe Quote von ALG-II Empfängern bei Ausländern habe Özkan auf den Teufelskreis aus mangelnder Bildung und unzureichende Sprachkenntnissen zurückgeführt. „Wer kein Deutsch spricht, findet keinen Ausbildungsplatz und später keinen Job. So landen schon junge Migranten in Hartz IV und finden nicht wieder heraus“ so Özkan gegenüber der Zeitung.

### **Diskriminierung ist immer offener und deutlicher**

„Die Diskussionen sind verletzend“, heißt es am 25.11 in der konservativen **HÜRRIYET**. Laut Zeitung haben die beiden türkischstämmigen Bundestagsabgeordneten Aydan Özoğuz (SPD) und Mehmet Kılıç (Grüne) auf einer Veranstaltung des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg (TBB) die aktuellen Debatten in Deutschland zu Integration und Migration scharf kritisiert. Beide hätten kritisiert, dass die Diskussionen um Türken, Araber und Muslime seit dem Buch von Thilo Sarrazin besorgniserregende Ausmaße angenommen hätten. „Diskriminierung sei in allen Teilen der Gesellschaft immer offener und deutlicher zu spüren“ heißt es.

### **WOWEREIT: In einigen Medien werden Migranten zur Zielscheibe**

„Diskriminierung ist ein Verbrechen, lassen Sie uns sensibel sein“, ist am 29.11 in der **SABAH** über Aussagen des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Klaus Wowereit, zu lesen. Auf einer Veranstaltung habe Wowereit betont, dass deutsche Medien bisweilen einige negative Beispiele nicht gelungener Integration zu sehr in den Vordergrund rückten, damit würden „Migranten zur Zielscheibe erklärt“. Nach dem Grundgesetz ist aber Diskriminierung verboten. Wir müssen sensibler werden gegenüber Diskriminierungen“, so Wowereit gegenüber der Zeitung.

## 5. Deutsch-türkische Lebenswelten

**Die begrenzten Möglichkeiten einer Teilnahme an einem Integrationskurs wurden in den türkischen Zeitungen kritisch aufgegriffen.**

### **Integrationskurse: Ursachen für geringe Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Migrationshintergrund**

„Bürokratie ist das Problem, nicht die geringe Beteiligung!“ schreibt die **SABAH** (02.11.) zur Diskussion über die niedrige Teilnahme von Migrantinnen und Migranten an Integrationskursen. Das Blatt informiert, dass kürzlich beschlossene Sanktionen für Personen, die nicht an Integrationskursen teilnehmen, nicht zielführend seien. Denn oftmals sei nicht etwa die Unwilligkeit teilzunehmen das Problem, sondern vielmehr die sinkenden Mittel. Hieraus resultierten längere Wartezeiten, und darin bestehe das Hauptproblem, so das Blatt.

Am 24.11 ist auf der Titelseite der **SABAH** folgender Aufmacher zu lesen: „Große Schwierigkeiten, Integrationskurse zu bekommen“. Wie die Zeitung informiert, warten in Deutschland 9.000 Migranten darauf, einen Integrationskurs besuchen zu können. Die Zeitung schreibt, dass laut Angaben des Deutschen Volkshochschulverbandes die Zahl bis zum Jahresende noch die 20.000-Marke erreichen werde. Grund seien die unzureichenden finanziellen Mittel. Zurzeit werden 16.000 Integrationskurse von 140.000 Migranten besucht. In Deutschland haben seit 2005 insgesamt 600.000 Migranten an den Integrationskursen teilgenommen. Die Hälfte habe sich bei den Kursen freiwillig angemeldet.

### **Erfolgreiche Integration durch muslimische Erzieher**

„Wir brauchen muslimische Erzieher“, heißt es in der **ZAMAN** am 8.11 über das 1. Integrationsforum der niedersächsischen Landesregierung in Berlin. Dabei habe Gesundheitsminister Philipp Rösler die aktuell laufende Diskussion um Integration kritisiert. So sollte vielmehr über gesellschaftliche Teilhabe gesprochen werden, anstatt über Religion, so Rösler. Die türkeistämmige

Sozialministerin Niedersachsen, Aygül Özkan, habe darauf aufmerksam gemacht, dass muslimische Erzieher nötig seien. Für den Erfolg und Integration sei Bildung von größter Bedeutung, so Özkan. Dabei gebe es zu einem frühen Beherrschen der deutschen Sprache keine Alternative.